Rügen geschlossen dagegen

GEPLANTES LNG-TERMINAL VOR DER OSTKÜSTE

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

in den vergangenen Wochen überschlugen sich die Ereignisse zum geplanten LNG-Terminal vor Sellin. Viele Informationen, die hier nun einmal übersichtlich und verständlich formuliert werden sollen.

Am 25. Januar wurden die Bürgermeister und Kurdirektoren der Ostseebäder Baabe, Göhren, Sellin und Mönchgut zu einer Informationsveranstaltung in die Kurverwaltung Sellin eingeladen. Um diesen Termin bat die RWE, um die Pläne der Bundesregierung zum Bau und Betrieb von Flüssiggasterminals vor der Küste Sellins vorzustellen. Diese Pläne kamen für alle Beteiligten überraschend, da sie davon ausgegangen sind, dass es sich bei dem Vorhaben um den bereits laufende LNG-Import durch die Deutsch ReGas handelt.
In der ersten Februarwoche ist Kai Gardeja, Tourismusmanager des Ostseebades Binz auf die Bürgermeister und Tourismusmanager:innen des Amtsbereiches Mönchgut-Granitz zugekommen und bat um Geschlossenheit der fünf Ostseebädern in dieser Angelegenheit. In Folge des ersten Treffens wurde sich darauf geeinigt, dass wir gemeinsam eine Anwaltskanzlei beauftragen, die uns vor allem bei der Beteiligung am TÖB-Verfahren (Träger öffentlicher Belange) unterstützen sowie die Einspruchs- und Klagemöglichkeiten prüft.
Im gleichen Schritt haben wir der Beauftragung eines Kommunikationsexperten, der die Korrespondenz mit der Politik und der Öffentlichkeit übernimmt, zugestimmt. Dieser hat seine Arbeit sofort aufgenommen, sodass der erste Brief an Dr. Robert Habeck noch in der ersten Februarwoche versandt wurde. Aufgrund des frühen Stadiums der Beteiligung der Gemeinden, haben wir uns außerdem dazu entschieden, vorerst mit Statements durch politische Vertreter und Kurverwaltungen in der Presse zu warten und uns ausschließlich geschlossen zu äußern. Die gemeinsame Stellungnahme aller fünf Ostseebäder wurde schließlich als Kommunikationsgrundlage in der zweiten Februarwoche an Politiker des Landes versandt und über die Deutsche Presseagentur deutschlandweit in der Presse veröffentlicht.
In der Zwischenzeit fanden mehrere Gespräche, Abstimmungen und Konferenzen statt – allem Voran auch ein Treffen am 07.02.2023 in Stralsund mit Bürgermeistern der Ostseebäder Sellin, Baabe, Mönchgut, Sassnitz, Binz, Arne Fründt als LVB des Amtes Mönchgut-Granitz, dem Tourismusverband Rügen Knut Schäfer, Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern Heiko Miraß, MdB Anna Kassautzki, MdL Sylva Rahm-Präger und dem Bergamt Stralsund als verfahrensführende Behörde. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Öffentlichkeit noch nicht informiert, auch lagen die Planungsunterlagen des Bergamtes Stralsund nicht vor. Es wurde in diesem Gespräch darüber informiert, welche Phasen der Planungen es gibt, wie die Pläne aussehen, ob und welche alternativen Standorte es gibt sowie natürlich umfangreich über Bedenken aus den betroffenen Gemeinden gesprochen.
Nachdem die Öffentlichkeit durch Herrn Minister Meyer am Anfang der 3. Februarwoche informiert worden ist, sind im gleichen Zuge weitere persönliche Briefe an Herrn Bundesminister Habeck, Herrn Bundeskanzler Scholz und Herrn Minister Meyer ergangen, um unserer Haltung weiterhin Ausdruck zu verleihen. Leider blieben alle Briefe an die Bundesminister und den Bundeskanzler bis heute ohne Antwort. Allerdings fand zu Beginn dieser Woche ein weiteres Gespräch mit den Protagonisten des Gespräches vom 7. Februar statt, um über den aktuellen Stand der Dinge zu sprechen, da sich die Ereignisse in den knapp zwei Wochen regelrecht überschlugen. Bei diesem zweiten Gespräch wurde deutlich, dass alle Beteiligten miteinander sprechen und auch bei der Bundesregierung mittlerweile Einwände geprüft werden.
Im Hintergrund wurde außerdem intensiv an weiteren Strategien und Möglichkeiten gearbeitet, unserer Position Ausdruck zu verleihen: es wurde eine gemeinsame Petition erarbeitet, welche gestern veröffentlicht und ein Aufruf der Bürgermeister der Insel Rügen herausgegeben wurde, gegen die Pläne der Bundesregierung mit allen Mitteln vorzugehen. Diesem Aufruf haben sich 34 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Insel Rügen und Stralsund angeschlossen.
Aktuell werden Bundespolitiker direkt von uns über das Vorhaben und unsere Bedenken informiert, sodass wir hoffen, in Kürze Gespräche in Berlin führen und unsere Argumente dort anbringen zu können.
Dynamik, die dieses Vorhaben mittlerweile angenommen hat, ist kaum zu bewältigen. Für uns als Ostseebad Mönchgut steht die Solidarität mit den direkt betroffenen Ostseebädern und die inselweite Einigkeit in dieser Sache an erster Stelle. Wir vertreten klar die Meinung, dass dieses Vorhaben nicht zwingend notwendig ist und auch ein alternativer Standort wie Mukran das Problem nicht löst, sondern verlagert.
Als gewählter politischer Vertreter trägt jeder Bürgermeister die Verantwortung für die Entwicklung seines Wirkungskreises. In diesem speziellen Fall bewegt er sich in einem Spannungsfeld zwischen der Daseinsfürsorge im Hinblick auf die Energiesicherheit und der Erhaltung des Lebensraumes eines jeden Einzelnen. Dieses spezielle Spannungsfeld erfordert es allerdings unter Berücksichtigung der derzeitigen Fakten eine klare Position zu beziehen. Dies haben wir in den letzten Wochen gemeinsam mit den anderen Gemeinden getan und stehen nach wie vor dahinter.
Für uns steht und stand der Naturschutz unserer artenreichen Landschaft und die Bewahrung ihrer Einzigartigkeit immer an erster Stelle. Wir sehen unser größtes Gut durch dieses Vorhaben in Gefahr und werden daher weiterhin alles dafür tun, es zu schützen.

Gemeinsame Resolution

Bürgermeister und Tourismusmanager:innen sprechen sich vehement gegen die Pläne der Bundesregierung aus und unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung

Die Bundesregierung wird mit dem Bau und jahrzehntelangen Betrieb des größten LNG-Terminal-Projekts Europas direkt vor Rügen das Ökosystem der Insel irreparabel zerstören. Das Vorhaben, LNG-Terminals direkt vor Rügen und eine 38 km lange Pipeline, ist im höchsten Maße umwelt- bzw. klimaschädigend, kostspielig für den Steuerzahler und wird laut führenden Energieexperten nicht benötigt. Die LNG-Terminalinfrastruktur in Europa ist ausreichend und der Gaspreis für die Deutschen wird sich durch das Projekt nicht verbessern.
Den Krieg in der Ukraine verurteilen wir auf Schärfste. Was die Energiekrise und die Konsequenzen für unsere Gesellschaft angeht, zeigen wir uns gegenwärtig schon solidarisch: führt doch längst das LNG-Terminal in Lubmin zu einer starken Belastung für unsere Insel, durch anderem den erhöhten Schiffsverkehr vor der Küste.
Wir fordern die Bundesregierung auf, die offenkundig überstürzten Pläne auszusetzen und einen breiten Dialog mit allen Interessengruppen und Experten in Gang zu bringen. Von unseren Politikern, die die ökologische Transformation unserer Gesellschaft in Angriff nehmen möchten, erwarten wir deutlich mehr Haltung und Ehrlichkeit, was das Vorhaben und seine Auswirkungen auf Natur, Landschaft und Ostsee betrifft.
Wir, die Bürgermeister, werden mit aller Entschiedenheit und den uns zu Verfügung stehenden Mitteln gegen das Projekt an Rügens Küste vorgehen. Wir rufen die Freunde der Insel Rügen in der gesamten Bundesrepublik auf, uns dabei zu unterstützen.

Insel Rügen, 23. Februar 2023

Auch die Gemeindevertreter des Ostseebades Sellin formulierten auf ihrer letzten Sitzung am 21. Februar 2023 einstimmig folgenden Beschluss (Beschluss-Nr.: 540-34/23)

»Die Gemeindevertretung des Ostseebades Sellin protestiert im Namen der Bürgerinnen und Bürger von Sellin entschieden gegen den geplanten Bau eines LNG-Terminals mit zwei Plattformen, an denen vier schwimmende Flüssigerdgas-Terminals (FSRU) dauerhaftfestmachen sollen. Die Dimension dieser Anlage an diesem geplanten Standort schadet dem Gemeinwohl des Ostseebades erheblich, durch sicher zu erwartende negative Auswirkungen.
Wir fordern weiterhin die umfassende Beteiligung der Gemeinde an dem Genehmigungsverfahren - auch wenn diese gesetzlich nicht vorgesehen ist, da das Bauvorhaben u. a. erhebliche Auswirkungen auf weitere tourismuswirtschaftliche Entwicklung unsere Gemeinde hat.
Die von den Bürgermeistern des Amtsbereiches Mönchgut-Granitz und Ostseebad Binz unterzeichnete „Stellungnahme zu den geplanten Bauvorhaben und Betrieb von Infrastruktur für den Flüssigerdgas-Import vor der Insel Rügen (binnenpolitische Erklärung)“ findet unsere vollste Zustimmung.«